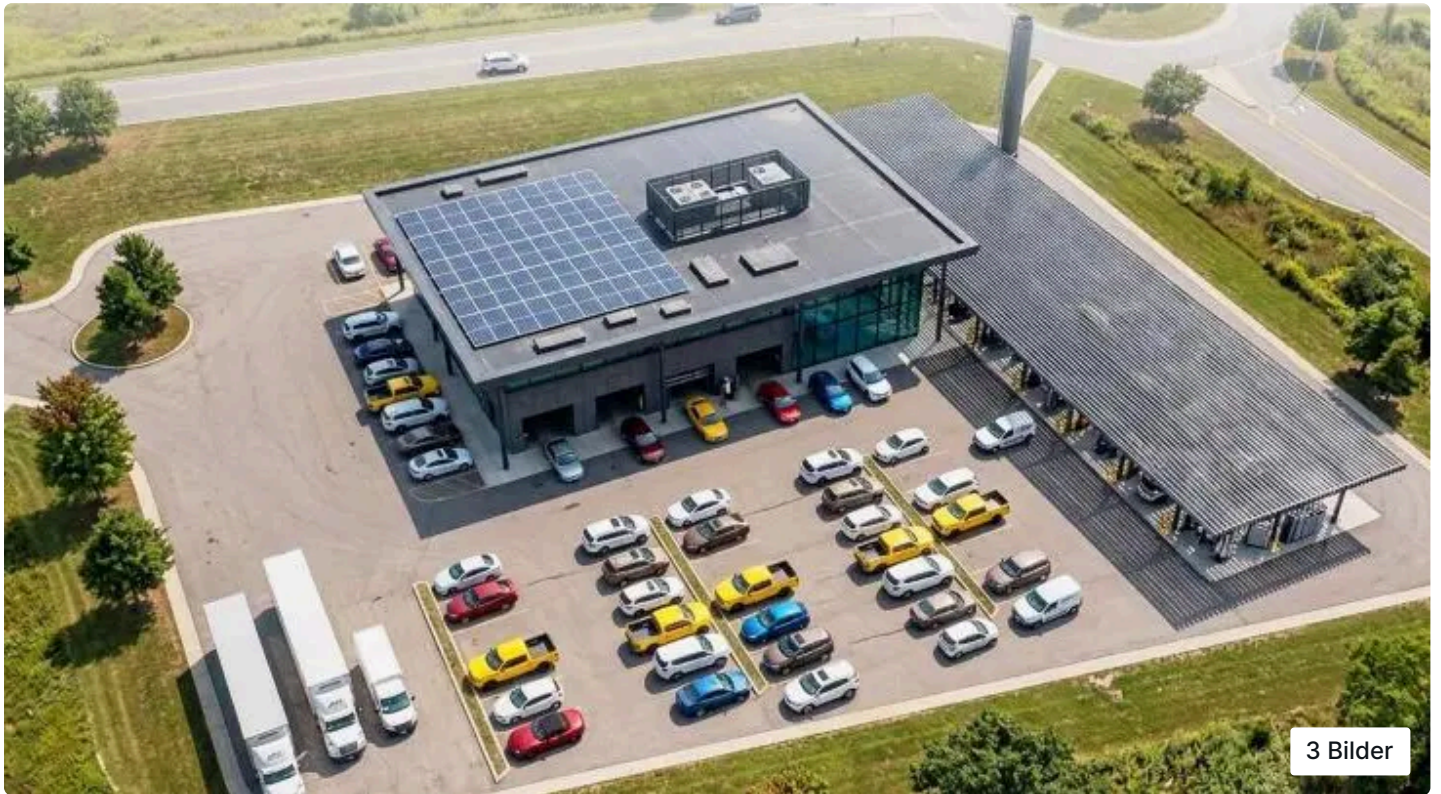


Tank- und Rastanlage: Investor will Projekt nicht aufgeben



Lavrov fordert Gemeinderat Wesendorf zur Kehrwende auf - andernfalls will er Schadenersatz

Von Dennis Klüting
16.05.2026, 00:00 Uhr

 Artikel anhören

Wesendorf.

Die Entscheidung der Gemeinde Wesendorf, die Planung der Tank- und Rastanlage an der B4 einzustellen, hat Investor Denis Lavrov nach eigenen Aussagen überrascht und schockiert. Er appelliert an den Gemeinderat, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. Andernfalls bleibe ihm nur noch der Rechtsweg - eine Klage, die die Gemeinde laut Lavrov eine Million Euro kosten könnte.

„Wir hatten uns bereits seit über zehn Jahren mit der Planung der Tank- und Rastanlage beschäftigt“, betonen Denis Lavrov und Assistentin Lilli Sterz. Es sollte „keine einfache Tankstelle“ werden, wie Lavrov unterstreicht. „Es sollte eine Anlage für die ganze Familie werden, auch für Motorradfahrer und Radler.“ So waren neben Zapfsäulen für fossile Brennstoffe auch E-Ladesäulen für Pkw und Lkw vorgesehen - sogar eine Wasserstoffbetankung sollte es geben. „Das wäre in dieser Region einzigartig, die

nächsten befinden sich in Hamburg und Braunschweig“, weiß der Investor. Insgesamt sollten dort rund 15 Arbeitsplätze entstehen.

Vorhaben mit langer Planungsdauer

2014 hatte Lavrov sein Vorhaben der Gemeinde Wesendorf erstmals vorgestellt. „Und es wurde auch schnell ein Aufstellungsbeschluss gefasst“, erinnert sich Lilli Sterz. Danach zog sich das Verfahren sehr in die Länge: Die Planungen für einen Radweg an der L284 sowie für den Umbau der Ummerschen Kreuzung zu einem Kreisel mussten erstellt und berücksichtigt werden. Diesen Kreisel habe Lavrov selbst frühzeitig vorgeschlagen, um die Verkehrssituation auf der am stärksten befahrenen Straße im Landkreis Gifhorn zu entschleunigen. „Wir waren kooperativ, es gab zahllose Gespräche mit der Landesstraßenbaubehörde und mehreren Planungsbüros“, berichtet Lilli Sterz.

2023 habe es einen neuen Aufstellungsbeschluss gegeben. „In der Zwischenzeit haben wir unsere Planungen mehrfach an die Wünsche der Gemeinde angepasst“, erklärt Lilli Sterz. So sei beispielsweise ein größerer Abstand zum Wald eingeplant und die Bauhöhe reduziert worden, zusätzlich zu den Einwendungen, die es im Auslageverfahren gegeben habe.

Plötzliche Absage schockiert Investor

Im Dezember 2025 kam dann der „große Knall“, wie Lilli Sterz es ausdrückt: „Rein zufällig“ hätten sie erfahren, dass der Bauausschuss der Gemeinde und der nichtöffentliche Verwaltungsausschuss bereits die Einstellungen der Planungen beschlossen hatten. „Wir sind fast vom Stuhl gefallen“, sagt Lilli Sterz. Der Investor sei in keiner Weise davon in Kenntnis gesetzt worden. „Es hat keine Gespräche gegeben, keine Begründung“, wundert sich Lavrov.

Sterz nahm an der Sitzung teil, in der der Gemeinderat abschließend votieren sollte. „Ich konnte erreichen, dass das Thema vertagt wurde.“ Schon vorher habe es eine schriftliche Stellungnahme an die Gemeinde gegeben, in der der Investor auf die von der Gemeinde genannten Begründungen einging. So könnten natur- und artenschutzrechtliche Bedenken im Umweltbericht ausgeräumt werden, es würden entsprechende Ausgleichsflächen bereitgestellt. Die nötigen Abstände zum Wald sollten ebenfalls eingehalten werden. „Das nehmen wir in Kauf“, sagt Denis Lavrov. Das Verfahren beim Landkreis Gifhorn bezüglich der Lagerung von Bauschutt sei mit einer Strafzahlung abgegolten, das andere Verfahren wegen einer angeblich illegalen Rodung sei eingestellt worden.

„Es fand eine nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderats statt, in der wir das Projekt dem Rat nochmal vorgestellt haben, Bedenken ausgeräumt und den unterzeichneten städtebaulichen Vertrag übergeben haben“, führt Lilli Sterz aus. Dass dieser erst so spät

unterzeichnet worden war, habe mit der Erstellung einer Linksabbiegerspur auf der L284 zusammengehungen. „Aber es war von Anfang an vereinbart, dass ich die Kosten dafür trage“, merkt Lavrov an. „Schließlich wird die ja nur wegen meines Vorhabens gebaut.“

„Jetzt gibt es nur noch zwei Wege“

Es habe in der Sitzung keine Fragen mehr gegeben, alle Punkte seien laut Lavrov und Sterz geklärt gewesen. Umso mehr habe es die beiden verwundert, dass der Gemeinderat sich dafür entschieden hatte, die Planung der Tank- und Rastanlage einzustellen. „Es gab keine sachlichen Gründe dafür“, sagt Lavrov. „Für mich gibt es jetzt nur noch zwei Wege: Entweder die Gemeinde überdenkt ihre Entscheidung - oder der Fall landet vor dem Gericht.“

Er habe bereits viel Geld in die Planung der Tank - und Rastanlage gesteckt - rund eine Million Euro. Auf diese Summe würde sich auch eine Schadensersatzklage belaufen. Er habe sich bereits rechtlichen Beistand gesucht, für eine solche Klage gebe es Präzedenzfälle.